

Dr. Andreas Bernig, Mitglied des Landtages

Telefon 0331 / 966 15 69

Telefax 0331 / 966 15 07

Funk: 0172 / 38 46 911

E-Mail: dr.andreas.bernig@kloster-lehnin.com

Telefon: 03327 / 570192

Telefax: 03327 / 570193

Presseerklärung

Öffentlicher Beschäftigungssektor ist neuer Weg um Arbeit und nicht Arbeitslosigkeit zu finanzieren!

Dr. Andreas Bernig, Arbeitsmarktpolitischer Sprecher, zum Gespräch mit dem Geschäftsführer der MAIA Potsdam-Mittelmark, Bernd Schade, und der Teamleiterin aus Werder (H.), Antje Kellner

Das Gespräch mit dem Geschäftsführer der MAIA, Bernd Schade, und der Teamleiterin der MAIA aus Werder (H.), Antje Kellner, begann unter einem sehr positiven Vorzeichen.

Die Gesprächspartner begrüßten die überraschende Wende bezüglich des Erhaltes der Arbeitsgemeinschaften.

Die CDU in Berlin hat ihren Widerstand gegen eine Grundgesetzänderung zur Sicherung des Fortbestandes der Arbeitsgemeinschaften aufgegeben.

Damit scheint für die Zukunft die Weiterführung der Gewährung von Arbeits- und Sozialhilfe aus einer Hand gesichert.

Aus Sicht der LINKEN war das die einzige positive Wirkung der Hartz IV-Gesetze und die jetzige Entscheidung längst überfällig.

Jetzt ist schneller Handlungsbedarf durch den Bundestag geboten, um die Gewährung von Leistungen aus einer Hand auch ab dem 01. 01. 2011 zu garantieren.

Es darf keine Zahlungslücken geben, so dass Menschen nicht ohne finanzielle Mittel, die sie lebensnotwendig brauchen, dastehen. Gegebenenfalls sind dafür Übergangsregelungen erforderlich, um wie bisher die Leistungsgewährung über sechs Monate zu sichern.

Bernd Schade legte im Gespräch ausführlich die insgesamt positiven Ergebnisse der MAIA bei der Betreuung und Vermittlung der betroffenen Menschen dar und resümierte den weiteren Ausbau dieser guten Bilanz mit all den noch vorhandenen Reserven.

Besonders verwies er auf das Modellprojekt AMIGA, das bundesweit beispielhaft, gesundheitliche Betreuung und Arbeitsvermittlung miteinander verbindet.

Die zur Zeit aufgelegten Beschäftigungsprogramme sowie die damit verbundenen Problemstellungen bei den Betreuungsmöglichkeiten wurden im intensiven Meinungsaustausch in den eineinhalb Stunden ausführlich diskutiert.

Ein wichtiger Punkt der Diskussion bildete die Umsetzung der Zielstellung der rot/roten Koalition in Brandenburg zur Schaffung eines Öffentlichen Beschäftigungssektor (ÖBS).

Der ÖBS ist kein Allheilmittel zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit, darüber war man sich klar. Aber öffentlich geförderte Beschäftigung ist eine konkrete Hilfe für Langzeitarbeitslose, die sonst auf dem ersten Arbeitsmarkt keine Arbeit mehr finden.

Durch sie wird nicht Arbeitslosigkeit, sondern gute Arbeit, d.h. existenzsichernde Arbeit, finanziert. Voraussetzung ist, dass alle aktiven und passiven Leistungen der Arbeitsförderung und der Sozialhilfe vom Bund bis zu den Kommunen zusammengeführt werden. Das erfordert eine enge Kooperation aller Beteiligten, für die Dr. Andreas Bernig im Gespräch eindringlich warb.

Dr. Andreas Bernig